

China: Ansporn oder Bedrohung für die deutsche Wirtschaft?

von Jörg Wuttke

Europa erlebt gegenwärtig seinen Sputnik-Moment. So wie die Sowjetunion in den späten 1950er-Jahren die USA mit dem ersten Satelliten im All überraschte, so erscheint der chinesische «Sputnik» für Europa aktuell in Form von batteriebetriebenen Automobilen und der 5G-Mobilfunktechnologie.

Die USA und China sind in Bereichen wie machine-learning und künstlicher Intelligenz eindeutig in Führung, die beiden Mächte kämpfen um die künftige Führungsrolle in der Weltwirtschaft. Europa läuft derweil Gefahr, technologisch dauerhaft in Rückstand zu geraten und wirtschaftlich einen Bedeutungsverlust zu erleiden.

Der frühere Botschafter der USA in Deutschland bedroht das Konsortium für das Gaspipeline Projekt Nord Stream 2, Chinas Botschafter in Berlin denkt in der Huawei-Kontroverse laut über Vergeltungsschläge gegen deutsche Autohersteller nach: Solche Geschehnisse sind keine Ausnahmen mehr, sie beschreiben einen Trend; internationale Konflikte werden zunehmend mit wirtschaftlichen Mitteln ausgetragen.

Dabei geht es teilweise auch um einen Konflikt der Systeme und der Ideologien: China verfügt über ein Gesamtsystem mit staatlichen Banken und Investitionsfonds sowie einer allmächtigen Partei, die alles koordiniert. Uns in Europa fehlen solche Mittel für große, strategische Pläne. Unsere liberale Wertvorstellung gibt dafür auch keinen Raum. Aber muss sich Europa entscheiden zwischen China und den USA, um mithalten zu können im Wettlauf um die Zukunft? Muss sich Europa anpassen, oder kann es selbstbewusst einen eigenen Weg gehen?

In diesem Essay wird es um den Ansatz gehen, wie Europa mit der wachsenden Konkurrenz aus China nicht nur umgehen, sondern auch die eigene Wettbewerbsfähigkeit steigern kann. Es sollen dabei Risiken und Möglichkeiten gegeneinander abgewogen werden.

1. Die Herausforderung durch China

Der Volksrepublik ist es auch in Zeiten der Covid-19-Pandemie gelungen, einer Rezession zu entgehen. Nach einem Einbruch im ersten Quartal 2020 hat sich die Wirtschaft rasch erholt, wobei die Industrieproduktion bereits im zweiten Quartal wieder robuste Expansionsraten zeigte. Möglich gemacht wurde der Aufschwung durch eine Kombination aus politischen Maßnahmen zur Stützung der Binnennachfrage sowie der Fähigkeit Chinas, während der Pandemie dringend benötigte Industrie- und Gesundheitsgüter an den Rest der Welt zu liefern.

Mit Blick auf die weitere Zukunft, nach dem Abklingen der Pandemie, wird deutlich, wie ambitioniert sich China sich in Bezug auf Zukunftstechnologien ausrichtet. In der Liste der Länder nach den kumulierten staatlichen und privaten Ausgaben für Forschung und

Entwicklung (F&E) steht China an zweiter Stelle hinter den USA. 2018 betrug Chinas Anteil an den globalen F&E-Ausgaben 26.3%, während die USA auf 27.6%. Der im Oktober 2020 verabschiedete, 14. Fünfjahresplan (2021-2025) der Kommunistischen Partei Chinas wird sich unter anderem auf Forschung und Entwicklung fokussieren und etliche Milliarden Dollar an zusätzlichen Forschungsgeldern bereitstellen.

Gegenwärtig investiert China etwa 2.2 bis 2.5% seiner jährlichen Wirtschaftsleistung in die Forschung. Talente sind mehr als genug vorhanden: Jedes Jahr verlassen 8 Millionen Studenten die Universitäten, und viele sind ausgebildet in Zukunftstechnologien wie Fintech, e-commerce, 5G, erneuerbare Energien und Batterietechnologien. Der neue Fünfjahresplan sieht wahrscheinlich eine Erhöhung der F&E-Ausgaben auf 3% des Bruttoinlandproduktes vor. Dieses Geld wird nicht nur vom Staat kommen, sondern die Regierung wird sich vermehrt an Firmen beteiligen, die dann vom Kapitalmarkt und den Banken mitfinanziert werden. Schätzungen gehen davon aus, dass künftig etwa 80% der Forschungsgelder in der Volksrepublik vom nicht-staatlichen Sektor kommen werden.

Als die chinesische Staatsführung 2015 ihre Industriestrategie «Made in China 2025» vorstellte, sorgte sie weltweit für Irritationen. Spätestens damit war evident, dass Chinas Weg zur Industriesupermacht Friktionen und Rivalitäten mit dem westlichen, liberalen, regelbasierten Wirtschaftssystem verursachen wird. In Washington fand ein Umdenken statt: Statt von «konstruktivem Engagement» mit China sprachen die Strategen in der US-Regierung und in den einflussreichen Think Tanks neu von «strategischem Wettbewerb» oder «strategischer Rivalität».

Mit dem von der Trump-Regierung 2018 begonnenen Handelskrieg hat der Stellenwert der Innovation noch an Bedeutung gewonnen. Die aggressive Art und Weise, mit der die USA chinesische Firmen wie Huawei und ZTE angegriffen und vom Angebot an hochwertigen Halbleitern abgeschnitten haben, ebenso wie der rüde Ausschluss chinesischer Wissenschaftler von amerikanischen Universitäten, führte zu einer weiteren Verhärtung der Ansichten in Beijing. Mit großen finanziellen Anstrengungen arbeitet China daran, seine Abhängigkeit von «unzuverlässigen» westlichen Partnern zu verringern. China fördert unter den Konzepten der «dual circulation» und der «indigenous innovation» die heimische Technologie unter zunehmendem Ausschluss ausländischer Unternehmen.

Es wäre falsch, diese Entwicklungen einzig als Reaktion auf die rhetorische Aggressivität der Trump-Regierung zu sehen, und dass mit dem Abtritt von Trump der Status Quo ante 2017 wieder eintritt. Die Staatsführung in Beijing ist zum Schluss gekommen, dass auch eine Regierung von Präsident Joe Biden nicht wesentlich anders agieren wird. Die Rhetorik mag wieder freundlicher werden, aber an der neuen Realität der strategischen Rivalität wird sich nichts ändern. Möglicherweise wird Biden im Gegensatz zum «America First»-Alleingang von Trump effektivere Allianzen schmieden, was China vor zusätzliche Herausforderungen stellt.

Das ist das Umfeld, in dem sich Deutschland und Europa in den kommenden Jahren bewegen muss.

2. Was Deutschland und China unterscheidet

Bevor wir beleuchten, wie sich Europa in dieser sich veränderten Welt aufstellen muss, ist ein Blick auf die Unterschiede wirtschaftlicher Natur zwischen Deutschland und China – beziehungsweise zwischen Europa und Asien – sinnvoll. Nicht zuletzt im Umgang mit der Covid-19-Pandemie sind diese Unterschiede deutlich zu Tage getreten, kann doch festgestellt werden, dass praktisch alle Länder in Asien deutlich besser und pragmatischer, überdies mit geringeren wirtschaftlichen Schäden, mit der Pandemie fertig wurden als die meisten Staaten Europas – von den USA ganz zu schweigen.

Generell – und das gilt nicht nur für China – ist in Asien sowohl in der Bevölkerung als auch in den Regierungen eine größere Offenheit gegenüber neuen Technologien und dem technologischen Fortschritt festzustellen. Von Indonesien bis Korea ist die «mobile economy» weiter fortgeschritten als im Großteil Europas, sei es in der Durchdringung mit E-Commerce-Angeboten, bargeldlosen Bezahlssystemen oder Big Data-Anwendungen. Was die Bandbreiten in der Übertragungstechnologie betrifft, sind Länder wie Korea und Japan Deutschland um Jahre voraus.

In Asien blickt die Bevölkerung – natürlich generalisiert und vereinfacht ausgedrückt – optimistischer in die Zukunft, zeigt eine höhere unternehmerische Risikobereitschaft und steht auch der Idee des grenzüberschreitenden Handels, die im Westen derzeit von protektionistischen Kräften geschwächt und in Frage gestellt wird, positiv gegenüber.

Spezifisch auf China bezogen schafft ein Binnenmarkt mit 1,4 Milliarden, zunehmend urban lebenden Menschen ein erhebliches Maß an Nachfragepotenzial für Unternehmen mit innovativen Geschäftsmodellen. Ein weiterer, deutlich negativer zu bewertender Aspekt Chinas ist die große Macht der staatseigenen Betriebe, die mit enormen versteckten und offenen Subventionen unterstützt werden und so signifikante Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten aus dem Ausland ausspielen können. Diese staatseigenen Kolosse drängen seit einigen Jahren vermehrt auf den Weltmarkt, beispielsweise unter dem Banner der Belt-and-Road-Initiative, und treten in Konkurrenz mit marktwirtschaftlich agierenden, westlichen Unternehmen.

3. Wie soll Europa dieser Herausforderung begegnen?

Europa hat weder die militärische und technologische Macht der USA, noch kann und soll es das staatlich gelenkte Subventions- und zentralistische Planungsmodell der Volksrepublik China imitieren. Das Interesse Europas – respektive der Europäischen Union – ist es, das zu bewahren, was die Volkswirtschaften des Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich gemacht hat: Integrierte globale Wertschöpfungsketten mit gegenseitigen Abhängigkeiten.

In den letzten Jahrzehnten haben sie dazu beigetragen, das Leben von Milliarden Menschen zu verbessern, indem sie beispiellosen Wohlstand und Frieden geschaffen haben. Die Basis dafür bildeten Handelsbeziehungen, die liberal, multilateral, regelbasiert und durch einen verbindlichen Streitbeilegungsmechanismus vor der Welthandelsorganisation WTO abgesichert waren. Der in Teilen der Welt beobachtete Anstieg von nationalem Protektionismus, Bilateralismus und dem Streben nach Autarkie stellt die EU vor eine Herausforderung, die sie meistern muss. Aber die Antwort Europas darauf sollte nicht sein,

auch protektionistischer zu werden, sondern die liberalen, offenen Werte zu wahren und dafür einzutreten.

Das bedeutet:

- Die EU muss in erster Linie hart an ihrer eigenen Attraktivität als Partner arbeiten, ihren Binnenmarkt und ihre Innovationsfähigkeit stärken.
- Sie muss eine Vorbildfunktion einnehmen und für die Wahrung der Grundsätze des freien und offenen Handels und des Wettbewerbs auf internationaler Ebene durch Sicherung gleicher Wettbewerbsbedingungen eintreten.
- Sie muss zusammen mit ihren wichtigsten Handelspartnern eine internationale Reform der WTO anführen und praktikable Lösungen für die veränderte wirtschaftliche Realität im 21. Jahrhundert entwickeln.

Europa kann und muss diese Aufgaben mit mehr Selbstbewusstsein angehen. Die Länder Europas sind nicht allein mit der Herausforderung einer durch die Rivalität von zwei Großmächten geprägten Welt. Andere Staaten, die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg vom liberalen, regelbasierten Weltwirtschaftssystem profitiert haben – beispielsweise Kanada, Korea, Japan, Australien oder Neuseeland – sind in einer ähnlichen Situation und teilen viele Interessen Europas.

Kommen wir nun zu den konkreten Bausteinen der europäischen Strategie für die Zukunft. Sie lassen sich unter den Begriffen Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Finanzierung summieren.

4. Der Green Deal und die europäische Wirtschaft

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den «European Green Deal» zu einem der wichtigsten Themen ihrer Amtszeit erklärt. Es sollen 1.000 Milliarden Euro investiert werden, um die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Der Plan sieht vor, Strategien für eine neue Industrie-, Energie- und Verkehrspolitik der EU zu entwickeln und umzusetzen. Die Industrie ist die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg des Green Deal, denn ohne echte Innovationen aus der Industrie werden die ambitionierten Ziele nicht erreicht werden können.

Die Covid-Krise hat das sehr deutlich gemacht: Die meisten von uns wurden überrascht von der Tatsache, wie wenig die CO₂-Emissionen im Jahr 2020 zurückgingen, obwohl große Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens zeitweise zum Stillstand kamen. Das zeigt: Es kann keine Lösung für den Klimaschutz sein, die industrielle Produktion abzuwürgen. Stattdessen brauchen wir eine Industrie, die stark genug ist, die erforderlichen Innovationen zu entwickeln, und wir brauchen einen mutigen regulatorischen Rahmen, damit diese Innovationen auch eingeführt werden können.

Der Green Deal wird erfolgreich für Europa und damit auch für Deutschland, wenn er mit einer ehrgeizigen Industriestrategie und einer entsprechenden Wettbewerbspolitik unterlegt wird, um Investitionen und Innovationen in Europa zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrien zu stärken.

Der Fahrplan und die bisher bekannten Vorschläge der EU-Kommission im Bereich Klimaschutz sind passend, denn es wurden Signale für die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien gesetzt. Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sind teuer, und Unternehmen brauchen die Aussicht darauf, dass CO₂-arme Technologien in Zukunft auch einsetzbar sind. Es bleiben aber noch viele Fragen offen, etwa in der Frage nach der Verfügbarkeit von erneuerbarer Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Ein erfolgreicher Green Deal bietet die Chance, dass Wirtschaftsregionen außerhalb Europas dem Beispiel folgen – sei es beim Einsatz CO₂-armer Produktionsmethoden oder der Nutzung von alternativen Energieträgern – und auf die erfolgreich angewandten Technologien und Modelle zugreifen können.

Überlegungen zum sogenannten «Carbon Leakage»-Schutz mit den «Border Adjustment Measures» (BAMs) sind handelsrechtlich problematisch und stellen keinen echten Schutz der EU-Produktion noch von deren Transformation dar. Stattdessen sollten alternative Modelle wie Marktabgaben (ähnlich dem Grünen Punkt) in Kombination mit Zahlungen an die Material-Produzenten für CO₂-freie Produktion («Carbon Contracts for Difference») weiterentwickelt werden, und zwar in enger Verzahnung von nationaler und europäischer Energie- und Klimapolitik.

5. Digitalisierung

Die digitale Infrastruktur ist das Rückgrat für den technologischen Fortschritt, und in diesem Bereich liegt Europa, wie eingangs erwähnt, signifikant hinter Asien zurück. Die Länder Europas brauchen engagierte und sinnvolle Investitionen in höhere Netzwerkkapazitäten sowie eine sichere und zuverlässige Umgebung für den Datenaustausch.

Digitale Transformation und ökologische Transformation ergänzen sich und müssen gemeinsam entwickelt werden. Oft bilden digitale Lösungen die Grundlage für eine umweltfreundlichere Wirtschaft, etwa durch Effizienzsteigerungen in Produktionsprozessen sowie durch neue Geschäftsmodelle. Politische Entscheidungsträger können dazu beitragen, diese Vorteile durch einen rechtlichen Rahmen für innovative Technologien und Anwendungen zu ermöglichen.

Investitionen in digitale Infrastruktur, digitale Lösungen und Kompetenzen werden nicht nur die wirtschaftliche Erholung nach dem pandemiebedingten Einbruch beschleunigen, sondern mittelfristig auch die Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Europas verbessern. Eine innovationsfreundliche Gesetzgebung und die Unterstützung öffentlich finanzierter digitaler «Leuchtturmprojekte» sind dafür erforderlich.

Es wäre falsch, das Thema Digitalisierung bloß in Bereichen wie Fintech oder E-Commerce zu sehen. Enormes Innovationspotenzial und Produktivitätsfortschritte liegen speziell im Bereich der digitalen Industrie. Die chemische Industrie zum Beispiel kann ihren Beitrag zur digitalen Souveränität auf der Stufe der Herstellung von Hardware (Halbleiter, Integrationskomponenten, etc.) leisten. Hierbei kommt eine Vielzahl von Chemikalien zum Einsatz, die teilweise im Endprodukt verbleiben, teils nur als Hilfsstoffe bei der Herstellung Verwendung finden. Um die wachsenden technologischen Herausforderungen in Richtung digitaler Souveränität zu sichern, kann es sinnvoll sein, in europäischen Konsortien von

führenden Chemie-Rohstofflieferanten, Equipment- und Halbleiterherstellern für spezifische Fragestellungen zusammenzuarbeiten.

Dies könnte zum Beispiel im Wettrennen für die Erarbeitung des nächsten großen Innovationssprungs zur Entwicklung von Quantencomputern sinnvoll sein, da eine derartige Herausforderung die Fähigkeiten einzelner Spieler schnell übersteigt.

Die Kooperation zwischen Forschung, Wissenschaft und angewandter Technologie in der Wirtschaft sollte unbedingt noch mehr institutionalisiert werden. Mehr Inkubationszentren sind nötig, wie sie bereits in München und Aachen bestehen.

6. Sustainable Finance

Das Vorhaben einer EU-Taxonomie ist förderlich, um ein gemeinsames Verständnis zu schaffen, welche Wirtschaftstätigkeiten als nachhaltig angesehen werden. EU-Taxonomie ist die weltweit erste «grüne Liste» – eine Klassifikation nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten, die sich auch um die Ausarbeitung der Umweltziele dreht, zum Beispiel die Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen; der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung und Recycling; die Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung und der Schutz gesunder Ökosysteme.

EU-Taxonomie kann dazu beitragen, Finanzmittel für umweltverträgliche Projekte zu mobilisieren und grenzüberschreitende Investitionen zu fördern, indem sie eine gemeinsame Sprache für umweltverträgliche Investitionen definiert. Sie kann auch einen strukturellen Wandel der europäischen Wirtschaft unterstützen, indem sie einen Wettbewerbsvorteil für die EU-Industrie bei innovativen und nachhaltigen Technologien schafft.

Die gemäß der EU-Taxonomie vereinbarte Verpflichtung für börsennotierte Unternehmen, den Anteil ihres Gesamtumsatzes und den Anteil der Gesamtinvestitionen und -ausgaben im Zusammenhang mit umweltverträglichen Wirtschaftstätigkeiten zu veröffentlichen, ist aber noch zu überdenken. Die EU-Taxonomie führt in ihrer derzeitigen Ausgestaltung zu einem erheblichen Mehraufwand. Die notwendigen Daten liegen nicht ohne weiteres vor und müssen in aufwendigen Prozessen ermittelt und zusammengeführt werden. Schon für ein Dax-Konzern ist das äußerst arbeitsintensiv; mittelständische Unternehmen sehen aufgrund dieses enormen Aufwandes für die Akzeptanz des Instruments in der Realwirtschaft ein erhebliches Hindernis.

7. Kapitalmarktunion

Das Projekt der Erschaffung einer Kapitalmarktunion muss politisch im Rahmen der Maßnahmen zur Bewältigung der Covid-Krise priorisiert werden. Unternehmen benötigen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ausreichenden und sicheren Zugang zu Finanzierungsquellen. Die Unternehmensperspektive muss bei der Entwicklung von Regulierung stärker berücksichtigt werden. Bei der Kapitalmarktunion geht es insbesondere um die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für Unternehmen. Deshalb muss der regulatorische Rahmen von diesem Zweck ausgehend entwickelt werden.

Es bedarf der richtigen Balance zwischen den Bedürfnissen der Unternehmen und ihrer Investoren. Derzeit scheinen die regulatorischen Rahmenbedingungen für die

Nachfrageseite (das heißt Unternehmen, die Zugang zu Kapital suchen) die Weiterentwicklung des Kapitalmarkts eher zu behindern. Unternehmen sind am Kapitalmarkt zunehmend zurückhaltend aufgrund des hohen Regulierungsgrades, der hohen Kosten für Compliance sowie der damit verbundenen Rechtsunsicherheit.

Die Konsistenz von Regulierungszielen muss sichergestellt werden. Die Ziele der Kapitalmarktunion müssen in sich konsistent und konstant über alle Sektoren hinweg verfolgt und umgesetzt werden. Sie dürfen nicht durch andere EU-Regulierungen verwässert oder gar unterlaufen werden. Prominentes Beispiel hierfür ist die Diskussion um die Einführung der Finanztransaktionssteuer.

8. Venture Capital (VC)

Seit dem Zusammenbruch junger Technologiebörsen wie des Neuen Marktes zu Beginn der 2000er-Jahre haben sich viele Menschen nicht mehr getraut, in Start-ups und neue Technologien zu investieren. Es dauerte sehr lange, ehe sich der deutsche Venture-Capital-Markt davon erholte. Bis zum Ausbruch der Corona-Krise befand er sich aber immerhin allmählich im Aufwind. Das Umfeld für Anschubfinanzierungen und für Exits hat sich in den vergangenen Jahren nachhaltig verbessert. Trotzdem bleibt der deutsche Markt für Venture Capital vor allem in den wichtigen Bereichen Biotech und Gesundheitswesen hinter Großbritannien und Frankreich zurück, die in den vergangenen drei Jahre etwa 2,1- und 1,5-mal größer waren.

Im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre (2017– 2019) lag das VC-Deal Volumen in Deutschland auf einem Niveau von 0,127% des Bruttoinlandproduktes. In einer völlig anderen Liga spielen China und die USA, deren VC-Märkte gemessen an der Wirtschaftskraft um die Faktoren 4,1- respektive 5,2-mal größer sind als der Markt in Deutschland. Theoretisch hätten in Deutschland in den vergangenen drei Jahren jährlich VC-Deals in Höhe von mehr als 7 Mrd. 13 Mrd. und 18 Mrd. US-Dollar zusätzlich abgeschlossen werden müssen, um die relativen Marktgrößen von China zu erreichen. Im Vergleich zu China entfällt in Deutschland besonders auf die Technologiebereiche Big Data, Elektro- und Hybridfahrzeuge sowie Clean Technology ein geringes Deal Volumen.

Die Fragmentierung des europäischen VC-Markts, der sich letztlich nur aus der Summe der einzelnen nationalen VC-Märkte zusammensetzt, ist auch ein Grund dafür, weshalb es in Europa insgesamt weniger «Einhörner» – private Unternehmen mit einem Wert von mehr als einer Milliarde Dollar – gibt als in China und den USA. Die einzelnen nationalen VC Märkte in Europa haben keinen einheitlichen Rechtsrahmen, was sowohl die Investitionstätigkeit als auch das Fundraising über die Grenzen hinweg behindert. Hürden für grenzüberschreitende Investitionen abzubauen wäre ein wichtiger Schritt für eine effizientere Kapitalallokation und würde helfen, um VC-Renditepotenziale zu realisieren.

Die Verfügbarkeit von Wagniskapital sowie die nötige Risikofreude von Seiten der Unternehmer wie auch der Geldgeber werden in den kommenden Jahren von enormer Wichtigkeit sein, um Investitionen in Forschung und Entwicklung zu stemmen und den Rückstand zu China zu verringern.

9. Globale Herausforderungen

Die Denkfabrik European Council on Foreign Relations hat Vorschläge zum «Schutz Europas gegen Zwangsmaßnahmen» erstellt, wie zum Beispiel den Aufbau einer EU-Exportbank bis hin zur Schaffung eines digitalen Euros, um die Abhängigkeit vom dollarbasierten Finanzsystem der USA zu verringern. Die Kompetenzen der EU-Kommission sollen gestärkt werden, und technologische Abhängigkeiten sollen durch eine intelligente Industriepolitik verringert werden. Das würde dem neuen Ziel der EU Kommission, der «strategischen Autonomie zur Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit» entgegenkommen.

Das soll nicht eine Abkehr vom Freihandel werden, sondern den Freihandel so weit wie möglich liberal halten und europäischen Firmen faire Wettbewerbsbedingungen garantieren.

Was ist konkret zu tun?

- 1. Stärke:** die Innovationskraft muss gestärkt werden, um die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu gestalten, um unsere Gesellschaft und Arbeitsplätze zu sichern.
- 2. Offenheit:** Europa sollte seine gesellschaftliche Attraktivität bewahren durch Offenheit, um die besten Rahmenbedingungen zu schaffen für die internationale Kooperation im Bereich Forschung und Entwicklung.
- 3. Risikomanagement:** Es muss ein besseres und koordiniertes System erweitert werden, um den neuen Sicherheitsherausforderungen zu begegnen und die Kosten durch unerwünschte Technologie Abflüsse zu senken.

Es besteht kein Zweifel, dass der wirtschaftliche und technologische Aufstieg Chinas sowie die wachsende Rivalität zwischen China und den USA in den kommenden Jahren die größte Herausforderung für Deutschland und für Europa wird. China hat die Größe und unter der aktuellen Führung das politische Selbstvertrauen, ein unabhängiges, eigenständiges Wirtschaftssystem aufzubauen – ein System mit chinesischen Vorzeichen.

Lange hielt sich im Westen die Vorstellung, mit zunehmendem Wohlstand werde China dem Beispiel Japans und Koreas folgen, sich liberalisieren, demokratisieren, seinen Heimmarkt öffnen und sich in das westlich geprägte, liberale, regelbasierte Weltwirtschaftssystem einfügen. Diese Vorstellung hat sich als Illusion erwiesen. China verfolgt einen eigenen Weg, man mag es kapitalistische Autokratie nennen, sodass durchaus auch von einem Konflikt der Systeme gesprochen werden kann.

Dennoch: Rivalen müssen nicht gleich zu Feinden werden. Konkurrenz sollte zur Steigerung der eigenen Leistung führen, und nicht den Gegner zum Entgleisen bringen. Will Europa das Technologie-Rennen gegen China langfristig bestehen wollen, dann muss es seine Gangart beschleunigen. Zu lange war Europa mit den hausgemachten Problemen der Währungsunion und den Wirren rund um den Austritt des Vereinigten Königreichs (Brexit) beschäftigt. Nun muss der Blick nach vorn gerichtet werden.

Um gegen China zu bestehen, muss man bessere Ideen und klügere Technologien entwickeln, und nicht versuchen, durch Rückzug in die Isolation seine eigene Wirtschaft zu schützen.

Aber auch China wird sich anpassen müssen. Die Staatsführung kann nicht davon ausgehen, dass sich die bisherigen chinesischen Handelshemmnisse und die Abschottung des Heimmarktes immer noch auszahlen werden. Genau zwanzig Jahre sind vergangen seit der Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation, und zu lange wurden ausländische Unternehmen und Handelspartner mit Versprechungen auf künftige Liberalisierungsschritte abgespeist. Unter vielen ausländischen Unternehmen, die Milliarden an Direktinvestitionen ins Land bringen, hat sich angesichts der vielen unerfüllten Versprechen eine «Promise Fatigue» breit gemacht. Die Forderungen auf Reziprozität, gekoppelt mit einer robusteren Handelspolitik aus Europa, kann China rasch einholen. China sollte sich nicht wundern, wenn sein zu forsches Auftreten zu einer weiteren Abkopplung von westlicher Spitzentechnologie führen wird. Es bleibt zu hoffen, dass eine offene, verstärkte Kooperation mit den OECD-Ländern mittelfristig auch für China von Vorteil sein wird.

Jörg Wuttke ist Chefrepräsentant der BASF SE in China. Er ist zudem Präsident der EU-Handelskammer in China – ein Amt, das er bereits von 2007 bis 2010 sowie von 2014 bis 2017 besetzt hatte. Wuttke ist Mitglied des Beratergremiums des Mercator Institute for China Studies (MERICS) in Berlin. Er lebt seit mehr als drei Jahrzehnten in Peking.

[Weitere Beiträge von Wissenschaftlern, Vertretern der Wirtschaft und von Interessenverbänden sowie von Politikern finden Sie im Buch „Standort Deutschland“ aus der Reihe „Denkanstöße“ erschienen im Kohlhammer-Verlag 2021.](#)